



Stoppt den Krieg in der Ukraine Erklärung der DKP Wuppertal

Friedensverhandlungen sind das Gebot der Stunde!
Legt die Waffen nieder!

Wir Wuppertaler Kommunisten fordern den sofortigen Stopp aller kriegserischen Handlungen. Putins völkerrechtswidriger Krieg kann nicht mit den mörderischen Angriffen auf den Donbass, Lugansk sowie Odessa gerechtfertigt werden.

In den Medien wird die Ukraine seit Jahren als eine von Russland bedrohte Demokratie dargestellt. Dies entspricht nicht der Wahrheit.

Seit dem Putsch 2014 in der Ukraine durch pro-westliche- und faschistische Organisationen, streben die NATO und die EU die Eingliederung der Ukraine in

den antirussischen Block an.

Das Minsker Friedensabkommen von 2015 enthielt Sicherheitsgarantien für die mehrheitlich russische Ostukraine, die zugleich ein Zentrum der Industrie und eine Hochburg der ukrainischen Arbeiterbewegung ist.

Als Selbstschutzmaßnahmen kam es zur Ausrufung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die aber von Kiew nicht anerkannt wurden. Seit nunmehr 8 Jahren führt die West-Ukraine einen Krieg gegen die Bevölkerung der Volksrepubliken mit inzwischen über 15.000 Toten, toleriert von der EU, den USA sowie der NATO.

Alle Kriegshandlungen sind sofort einzustellen, um den Weg frei zu machen für umfassende Friedensverhandlungen. Die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine müssen so schnell wie möglich zu einem Waffenstillstand führen. Der Waffenstillstand muss genutzt werden, um Verhandlungen über ein System der kollektiven Sicherheit zu erreichen, das mindestens die Ukraine, die Volksrepubliken im Donbass und Russland umfasst.

Ebenso fordern wir:

Das Aufrüstungsprogramm und die Kriegspolitik der Bundesregierung müssen gestoppt werden.

Stopp der Sanktionspolitik gegenüber

Russland und den Volksrepubliken des Donbass.

Keine Waffenlieferung an die Ukraine. Keine politische, finanzielle und militärische Unterstützung des Kiewer Regimes.

Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die NATO-Osterweiterung muss rückgängig gemacht werden.

NATO raus aus Deutschland
Frieden jetzt!

DKP Kreisorganisation Wuppertal



Osterholz geräumt, Grüne gebeugt, Umweltschützer siegreich



Polizeiaktion im Wuppertaler Osterholz

Ende Januar wurde das verbliebene Waldstück Osterholz geräumt. Die Betreiber der „Kalkwerke Oetelshofen“ diktieren, die Polizei gehorcht. Zahlreiche AktivistInnen werden durch die treuen Einsatzkräfte der Unternehmen weggezogen, die protestierende BürgerInneninitiative abgedrängt, 1500 Bäume wurden gefällt, um auf dem 5 Hektar großen Areal Platz für die Vergrößerung einer Abraumhalde zu schaffen.

Der „grüne“ Bürgermeister Wuppertals, Uwe Schneidewind, findet das „belastend“ und beugt sich den Wünschen der Industrie. So wird das seit 2 ½ Jahren besetzte Waldstück geopfert, aber neu ist diese Entwicklung nicht:

So haben die Grünen, als sie noch in der Landesregierung NRW saßen, ja auch der Rodung des Hambacher Forsts zugestimmt, nur um dann ein paar Jahre später mit Krokodilstränen in den Augen die Umweltbesorgten zu mimen. Das reiht sich in eine allgemeine Tendenz ein:

Im Zeitraum 2016-2018 allein wurden EU-weit rund 50% mehr Waldflächen gerodet als in den 4 Jahren davor. Zwar beteuern die Herrschenden in diesem Land ihre Sorge um den Klimawandel, aber alles in einem bleiben sie halt doch die Interessensverwalter der Energie-konzerne, die nun auch noch eine massive Teuerung der Energie-

preise betreiben.

Das läuft mitunter auch über direkte Seilschaften, bspw. in Wuppertal: So war der Geschäftsführer der „Kalkwerke Oetelshofen“, Moritz Iseke nicht nur CDU-Fraktions-sprecher in Vohwinkel und Mitglied des Umweltausschusses, sondern auch Mitglied der CDU, die wiederum die Kandidatur Schneidewinds unterstützt hat, der seinerseits vorher Präsident des Instituts für Klima, Energie und Umwelt in Wuppertal war.

Das Fallbeispiel Osterholz taugt insofern dafür, ein paar Sachen zu veranschaulichen:

"Machen wir uns nichts vor: Staatspolitik ist Militärpolitik, Kulturpolitik ist Wirtschaftspolitik, Bürgerinitiativen sind pipifax" schrieb Ronald M. Schernikau zuspitzend.

Es ist was dran: So ehrenhaft das Anliegen der BürgerInneninitiative und der AktivistInnen war, es war leider nicht erfolgreich, weil es nicht gelang einen breiteren, schlagkräftigen Widerstand zu bilden, der allerdings auch die Gewerkschaften umfassen muss.

Es muss klar kommuniziert werden, dass es sich nicht nur um ein moralisches Anliegen handelt, Bäume zu schützen, sondern den Machtbereich der Monopolisten, der Großkonzerne in diesem Land endlich einzugrenzen und die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung stark zu machen.

Trotz aller Beteuerungen haben wir weder von der Landesregierung, noch vom grün-schwarz dominierten Rathaus, noch von der „Fortschrittskoalition“ in der Bundesregierung irgendeine Art von Umweltschutz zu erwarten, die tatsächlich der Sache dient und nicht Vorwand ist, nach unten zu treten (bspw. durch Energiepreisteuerungen) und nach oben zu buckeln (bspw. durch staatliche Geldgeschenke an die Energiemultis).

Wir können mit Brecht im Sinn sagen: Es setzt sich nur soviel Umweltschutz durch, wie wir durchsetzen. Es sind die Reichen in den Konzernen und Banken, die an Umwelterstörung verdienen, die sie vorantreiben. 70% der CO₂-Emissionen werden von 100 Großunternehmen verursacht. Man kann von einem verfaulenden Kapitalismus nicht erwarten, dass er etwas Gesundes durchsetzt.

Die Jagd nach immer größeren Profiten durch die Unternehmen steht objektiv jeglichem Umweltschutz entgegen. Die logische Schlussfolgerung wäre dann doch, dieser Profitjagd ein Ende zu setzen, etwa durch die Enteignung von RWE und Co. und die Demokratisierung des Energiesektor unter Kontrolle der Mehrheit der Bevölkerung. Diese Sachen sollten wir im Hinterkopf behalten, wenn wir in ein paar Jahren noch Wälder, Natur und gesunde Luft in diesem Land haben wollen

21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP

DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT

26.-28. 8. 2022

REVIERPARK WISCHLINGEN DORTMUND

SAVE THE DATE!

pressefest.dkp.de

Hungern oder frieren ?

Kann man sich vorstellen, dass Menschen in einer der reichsten Industrienationen der Welt sich diese Frage stellen? Viele Menschen sind überrascht, glaubten sie doch bisher das Deutschland ein gut ausgebautes soziales Netz hätte.

Doch spätestens mit der Corona Pandemie kam die Ernüchterung. Das kapitalistische System ist auf den Selbsterhalt der Wirtschaft ausgerichtet. Krankenhäuser schließen, Kinder und alte Menschen sind von Armut bedroht, die Klimakrise droht, Bildungseinrichtungen sind marode, Angst vor Krankheit und Krieg geht um und Gesetze werden verschärft. Die Energiepreise explodieren.

Im August 2021 legten sie im Vergleich zum Vorjahr um 12,6 Prozent zu. Heizöl verteuerte sich im Schnitt um 57 Prozent, Kraftstoffe um 27 Prozent. Weitere Steigerungen sind angekündigt. Gleichzeitig werden auch Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs teurer.

Das macht vor allem Familien mit geringem Einkommen oder mit dem Bezug von Sozialleistungen zu schaffen. Für viele von ihnen stellt sich in diesem Winter die Frage, ob sie hungern oder frieren müssen, ob sie einkaufen oder heizen können. Aber auch Normalverdiener bekommen

zunehmend Probleme und müssen den Gürtel enger schnallen.

Reiche hingegen haben wenig Probleme mit den Preissteigerungen und die Energiekonzerne verdienen sich eine goldene Nase. Unsere Stadt Wuppertal ist eine der ärmsten Städte bundesweit. Viele Menschen mit sehr geringen Einkommen leben hier.

Wuppertal gehört zu den zehn Städten bzw. Regionen mit der höchsten Armutsquote gemessen an der Kaufkraft. Berechnet wird das verfügbare Einkommen der Haushalte (Gehalt, Hartz 4 etc.) in Bezug zu dem was man in der unserer Stadt für das Geld bekommt. Zudem zieht die Stadt Wuppertal hohe Gebühren für Müll, Abwasser etc. ein. Somit kann man die Eingangsfrage mit Ja beantworten. In Wuppertal müssen in diesem Winter viele Menschen insbesondere Familien mit Kindern überlegen wofür sie ihr Geld ausgeben können.

Hinzu zum Eigenverbrauch kommt, dass die höheren Energiepreise aber auch von den Kommunen und Betrieben aufgebracht werden müssen, die wiederum die Kosten an die Menschen weitergeben oder an anderen Stellen z.B. im Nahverkehr (Buslinien werden ausgedünnt, Fahrpreise erhöht etc.) wieder einsparen.

Konzerne erhöhen ihre Preise, wie wir alle an den gestiegenen Lebensmittelkosten sehen. Noch ist auch kein Ende der Preisspirale in Sicht und letztendlich trifft es immer den einfachen Menschen.

Energieversorgung und Mobilität sind aber Grundrechte. Sie müssen für alle bezahlbar sein und gehören in Öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle. Als Sofortmaßnahme fordert die DKP einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Sie fordert zudem zusätzlich Soforthilfen für Familien mit geringem Einkommen.

Doch der Preisstopp ist nur die Hälfte unserer Forderung. Das Grundübel liegt in der Energiepolitik und deren Eigentumsverhältnissen. Eine Energiewende muss her!

Da Energieverbrauch auch im Verkehr stattfindet gehören unsere Forderungen für eine Verkehrswende auch in diese Kampagne.

Für eine Energiewende – Heizen muss für alle Familien bezahlbar sein.

Weg mit der CO² – Steuer.

Warum sind die Preise gestiegen und was haben die Energiekonzerne damit zu tun? Für eine Verkehrswende – Der öffentliche Personenverkehr muss ausgebaut und bezahlbar werden.

in eigener Sache ...

Krieg, Klimakrise, Pandemie die schlechten Nachrichten reißen nicht ab.

Wir Kommunist*Innen müssen uns mit vielen Fragen auseinandersetzen, Fakten analysieren und nicht zuletzt Stellung beziehen. Nicht immer kann man einer Meinung sein, sollte sich aber innerhalb unserer Partei konstruktiven Diskussionen stellen. Wir haben in unserem Kreisvorstand die Stellungnahmen unseres Parteivorstandes, verschiedenster Parteien, Länder etc. zum Krieg in der Ukraine gelesen, mit unserem Wissen abgeglichen und versucht eine Stellungnahme zu schreiben die sowohl die historische Entwicklung

als auch die gegenwärtige Situation einschließt.

Wir haben Forderungen sowohl in Bezug auf Russland, die Ukraine und der Bundesregierung formuliert. Wir haben sie bewusst knapp gehalten damit sie auch von unserem Mitbürger*Innen gelesen und verstanden werden.

Das Leid der Menschen in allen Kriegsgebieten der Welt mit der Folge von Flüchtlingsströmen und den aus kriegerischen Handlungen resultierenden Wirtschaftskrisen darf zudem nicht vergessen werden.

Der Imperialismus scheint zurzeit überall auf dem Vormarsch und zwingt uns Kommunist*Innen zum Handeln.

Getreu dem Motto: „Global denken, vor Ort handeln“ werden wir uns auch in diesem Jahr gegen rechte Tendenzen, Aufrüstung und imperialistische Politik einsetzen. Für Frieden, gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, für Klimaschutz, für einen Energie Preisstopp... die Liste lässt sich noch weiter fortführen.

Bitte positioniert euch und werdet politisch aktiv. Insbesondere im Landtagswahlkampf können wir Position beziehen.

DKP Wuppertal

Musik Tipp: Die Lieder der Commune

Auf dieser liebevoll gestalteten Doppel-CD geht es um die Geschichte der revolutionären, sozialistischen Stadtgesellschaft in Paris im März 1871.

Diese 72 Tage der Commune veränderten die europäische Geschichte und viele der damaligen Diskussionen werden noch heute geführt.

„Die Grenzgänger“ und ihre Kolleginnen und Kollegen geben uns auf den CD's einen Überblick über die Lieder der März-Revolution. Natürlich hören wir dort „die Internationale“. Aber auch Manfred Maurenbrecher und die Microphone Mafia sind zu hören.

Mein Lieblingslied dieser CD's ist von Dominik Plangger: 'die im Schatten leben'. Das Gitarrenspiel dort klingt so schön nach Hannes Wader....



**Geld für
Gesundheit
statt für Banken
und Konzerne**

**Abrüsten statt
Aufrüsten!**



1. MAI

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Termine

Roter Stammtisch

An jedem dritten Donnerstag im Monat treffen wir uns ab 19:00 Uhr zum „**Roten Stammtisch**“ der DKP im Hayat (Schreinerstraße)

1. Mai

Treffpunkt der DKP nach der Demo - ca 11:00 Uhr Laurentiusplatz

Impressum

Herausgeber: DKP Wuppertal
V.i.S.d.P.: Jürgen Köster,
Gathe 55, 42107 Wuppertal
Tel.: 0157 526 777 05
dkp-wuppertal@gmx.de

Unterstützung

Wir freuen uns über jede finanzielle Unterstützung, denn unsere Aktivitäten, auch dieser Wupper-Report, sind mit Kosten verbunden. Bitte helft uns mit einer Spende:

Bankverbindung:
DKP Wuppertal, IBAN
DE 61 5003 3300 1009 2551 00

ENERGIEPREISE STOPPEN!

ENERGIEKONZERNE

IN ÖFFENTLICHE HAND!

www.energiepreisstopp-jetzt.de



DKP
Deutsche Kommunistische Partei



Stellungnahme der DKP Wuppertal gegen die BUGA 2031 auf unserer Internetseite:

<https://wuppertal.dkp.de/buga-2031-wuppertal/>

